

## Niederschrift

### 02. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, den 14.06.2016, 20:05 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Adolf-Reichwein-Halle, Bei den Junkergärten 2, Saal
<b>Sitzungsbeginn:</b>	20:05 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:40 Uhr

---

#### Anwesenheit

##### Anwesende:

##### Mitglieder

---

Frau Betina Quägber-Zehe- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Peter Scholz- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

Herr Jörg Egerter- CDU

Frau Annegret Hafner- CDU

Frau Regina Karehnke- CDU

Herr Harry Paduch- CDU

Herr Henrik Schnabel- CDU

Herr Alexander von Griesheim- CDU

Herr Thomas Wendt- CDU

---

Herr Dr. Volker Hoffmann- FDP

Herr Hans-Otto Jacobi- FDP

Herr Jens Christopher Jacobi- FDP

Herr Klaus-Dieter Jeuthe- FDP

---

Frau Beate Karschny- FWG

Herr Christian Lamping- FWG

Herr Gerhard Metzger- FWG

Herr Rainer Schaub- FWG

Herr Walter Soff- FWG

---

Herr Klaus Jacobi- SALZ

---

Herr Karl-Heinz Dachs- SPD

Herr Fabian Hassebrock- SPD

Frau Claudia Hetjes- SPD

Herr Jürgen Kröger- SPD

Herr Wolfgang Lingenau- SPD  
Herr Dr. Hans-Peter Rathjens- SPD  
Herr Christian Stengel- SPD

---

Herr Walter Horz- STIMME  
Herr Andreas Kunkel- STIMME  
Herr Dieter Kurth- STIMME  
Herr Steffen Schulz- STIMME

### **Magistrat**

---

Herr Stadtrat Stephan Schmidhals- CDU  
Herr Stadtrat Johann Baptist Schneiderbauer- CDU

---

Frau Stadträtin Andrea Nöchel-Jacobi- FDP

---

Herr Stadtrat Matthias Kopp- FWG

---

Herr Bürgermeister Thomas Alber- parteilos

---

Herr Stadtrat Herbert See- SPD  
Herr Erster Stadtrat Heinz Sill- SPD

---

Herr Stadtrat Norbert Schön- STIMME

### **Verwaltung**

---

Herr Andreas Kraus-

### **Nicht Anwesende:**

### **Mitglieder**

---

Herr Marco See- CDU

entschuldigt

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Personalangelegenheiten  
Ernennung des Stadtbrandinspektors und Stellvertretenden Stadtbrandinspektors der Freiwilligen Feuerwehr Rosbach zu Ehrenbeamten
- 3 Verabschiedung ausgeschiedener Mandatsträger/innen
- 4 Genehmigung des Protokolls vom 12.04.2016
- 5 Mitteilungen
- 6 Kleine Anfragen
- 7 Wahl für die Verbandsversammlung der Verbände
  - a) Zweckverband "Sozialstation häusliche Pflege Niddatal, Rosbach, Wöllstadt"
    - Vertreterinnen / Vertreter
    - Stellvertreterinnen / Stellvertreter
  - b) Körperschaft des öffentlichen Rechts "ekom21 - KGRZ Hessen"
    - Vertreterin / Vertreter
    - Stellvertreterin / Stellvertreter
  - c) Planungsverband "Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main"
    - Vertreterin / Vertreter
    - Stellvertreterin / Stellvertreter
- 8 Aufhebung des Sperrvermerks im genehmigten HH 2016 für den Erwerb eines kommunalen Mobilbaggers
- 9 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke für das Jahr 2014 einschließlich der Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung
- 10 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2015  
Leistungsangebote sowie Haushalts- und Finanzdaten der Stadt im Vergleich zu Nachbarkommunen
- 11 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 04.April 2016  
- Änderung des § 8 der Straßenbeitragssatzung
- 12 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 04.April 2016  
- Baugebiete Stadtgebiet Rosbach
- 13 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 18.05.2016  
- Verkehrssituation Rosbach
- 14 Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 24.05.2016  
- Antrag für ein offenes WLAN in Rosbach
- 15 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2016  
- Weitere Entwicklung des Gewerbegebiets

- 16 Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2016  
- Errichtung Waldkindergarten
- 17 Anfrage des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 13.05.2016  
- Beleuchtung Fußgängerüberweg SANG
- 18 Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.05.2016  
Gebühren für Plakatierungen ortsansässiger Vereine in der Stadt Rosbach v. d.  
Höhe
- 19 Anfrage der FWG-Fraktion vom 04.06.2016  
- Verbesserung der Busanbindung Bad Nauheims für Rodheimer Schüler
- 20 Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.06.2016  
- Flüchtlingssituation Rosbach
- 21 Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2016  
- Status Vermarktung Gewerbegebiet

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### **1 . Eröffnung der Sitzung**

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 07. Juni 2016 form- und fristgerecht eingeladen und die Tagesordnung zugestellt wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Dr. Volker Hoffmann (FDP, zugleich Ortsvorsteher Nieder-Rosbach) eine persönliche Erklärung ab, mit der er die Kooperation durch die Verwaltung hinsichtlich der Verkehrsregelung der K11 (alt) und der innerörtlichen Umgehung wegen der Baustelle in der Rodheimer Straße kritisiert.

---

#### **2 . Personalangelegenheiten Ernennung des Stadtbrandinspektors und Stellvertretenden Stadtbrandinspektors der Freiwilligen Feuerwehr Rosbach zu Ehrenbeamten**

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung am 11.03.2016 haben die Mitglieder der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Rosbach v.d.Höhe Herr Clemens Harff zum Stadtbrandinspektor und Herr Martin Schneider zum Stellvertretenden Stadtbrandinspektor gewählt. Gemäß den gesetzlichen Vorgaben des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) und des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzrechtes (HBKG) sind Herr Clemens Harff zum Stadtbrandinspektor und Herr Martin Schneider zum stellvertretenden Stadtbrandinspektor für eine Amtszeit von 5 Jahren zu ernennen.

Bürgermeister Alber händigt die Ernennungsurkunden aus. Er verliest den Text der Urkunden und nimmt Herrn Martin Schneider den Diensteid ab. Herr Clemens Harff hatte bereits den Diensteid geleistet.

Die Ernennungsurkunden werden ausgehändigt.

---

#### **3 . Verabschiedung ausgeschiedener Mandatsträger/innen**

Stadtverordnetenvorsteherin Regina Karehnke und Bürgermeister Thomas Alber bedanken sich für die geleistete ehrenamtliche Arbeit als Mandatsträger und überreichen jeweils eine Urkunde, Eintrittskarten für den Blütenball 2017 und Apfelsaft aus der Region.

Folgende Mandatsträger werden verabschiedet:

Herr Gottfried Blöcher  
Frau Petra Dietrich  
Frau Eleonore Dietz  
Herr Gerald Harff  
Herr Haci Kayacik  
Frau Cornelia Launhardt  
Herr Jörg Jens Machalitzky  
Herr Hans-Peter Pätsch  
Herr Kurt Pfeiffer  
Frau Beate Roth  
Herr Arndt Schöniger  
Herr Andreas Topp

Herr Adolf Uhlherr  
Herr Klaus Wenzel  
Herr Herbert Wyrwoll

---

#### **4 .      Genehmigung des Protokolls vom 12.04.2016**

Bezüglich des letzten Protokolls liegen Einwände gegen die Richtigkeit von dem Stadtverordneten Klaus Jacobi vor. Im Ältestenrat wurden diese bereits besprochen. Der Ältestenrat schlägt folgende Änderung vor:

##### **TOP 8 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte sowie über Einsprüche nach § 25 KWG**

1.

Die Niederschrift enthält einen sachlichen Fehler. Mögliche Unregelmäßigkeiten wurden seitens des Stadtverordneten Scholz angesprochen in den Wahllokalen Adolf-Reichwein-Halle und Brüder-Grimm Straße und nicht, wie in der Niederschrift fälschlicherweise festgehalten, Bergstraße.

2.

Der Stadtverordnete Scholz monierte in seiner Begründung u.a. einen möglichen Verstoß gegen § 17 KWG, hier: Nichtherstellung der Öffentlichkeit im Wahllokal Brüder-Grimm Straße.

Abstimmung über die Einwände:

Abstimmungsergebnis:      **29 Ja-Stimmen**  
(7 SPD, 4 FDP, 2 GRÜNE, 4 STIMME, 7 CDU, 5 FWG)  
   **1 Nein-Stimme**  
(1 SALZ)

Die Einwände sind angenommen.

Weitere Einwände gegen die Richtigkeit des Protokolls liegen nicht vor. Es ist somit angenommen.

---

#### **5 .      Mitteilungen**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Karehnke teilt mit, dass am 27.06.2016 Zusatzsitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Umwelt- und Planungsausschusses um 20 Uhr in der Adolf-Reichwein-Halle stattfinden werden. Davor findet um 19 Uhr an gleicher Stelle ein Ortstermin statt. Die Themen sind: Radwegenetz Rosbach und Sanierung Adolf-Reichwein-Halle.

Herr Bürgermeister Alber informiert über folgende Punkte:

Als Mitglieder des Magistrates in der Betriebskommission wurden die Stadträte Kopp und Schneiderbauer gewählt. Als deren Vertreter wurden die Stadträte Schön und Schmidthals gewählt.

Mit dem Fachbereich Baumanagement II soll im Laufe der nächsten zwei Monate der Aufbau des Facilitymanagements forciert werden. Hierfür ist es zwingend erforderlich, alle künftigen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen gemeinsam unterzubringen.

Der Magistrat beschloss, zur Unterbringung des Fachbereiches „Baumanagement II“, Öffentliche Einrichtungen, Immobilienwirtschaft, Umwelt/Naturschutz, Bauhof (Facilitymanagement) im Gebäude Dieselstraße 12, anzumieten.

#### Auftragsvergaben

Bodenplatten und Erdarbeiten für Wohnhäuser Kleinfeldchen und Stürzelheimer Straße, Auftragssumme 100.000 €

und

Lärmschutzanlagen und Verkehrsanlagen Baugebiet „Die Sang“, Leistungsphasen 3,5 bis 8 HOAI, Auftragssumme 184.000 €

Der Magistrat beschloss den Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung einer interkommunalen Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wöllstadt zur Unterbringung von Flüchtlingen. Ziel der Vereinbarung ist, dass sich die beiden Nachbarkommunen in der Aufnahme und Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen unterstützen und im Bedarfsfall gegenseitig mit Unterbringungsplätzen aushelfen. Die Vereinbarung wird vorerst auf zwei Jahre festgelegt.

Der Magistrat stimmte den gemäß Vergleichsvereinbarung vom 09.05.2016 mit der Mainova AG vereinbarten Kostenbeteiligungen, für die erforderlichen Umlenumsatzmaßnahmen der Gasleitungen im Bereich des Baugebietes „Die Sang – 1. BA“ durch die Stadt in Höhe von:

Umlegung Gashochdruckleitung	65.000 €
Umlegung Gasmitteldruckleitung	10.000 €

zu.

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 09.06.2015 getagt habe.

In der Sitzung seien die TOPs „Aufhebung des Sperrvermerks im genehmigten HH 2016 für den Erwerb eines kommunalen Mobilbaggers“, „Antrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2015, Leistungsangebote sowie Haushalts- und Finanzdaten der Stadt im Vergleich zu Nachbarkommunen“, „Neues Satzungsrecht, Entschädigungssatzung“ sowie „Ergebnisbericht Schwimmbad Rodheim 2011-2015“, beraten worden.

Herr Soff teilt mit, dass der Umwelt- und Planungsausschuss nicht getagt habe.

---

## **6 . Kleine Anfragen**

Es liegt eine „Kleine Anfrage“ der SPD Fraktion vor.

In welchem Umfang setzt die Stadt bei der Unkrautvernichtung auf städtischen Flächen mechanische und biologische Mittel sowie chemische Herbizide ein? In wieweit kommt hierbei auch Glyphosat zum Einsatz?

Antwort:

Der Bauhof der Stadt Rosbach setzt für die Pflege der Grünflächen mechanische, biologische und chemische Mittel zur Unkrautvernichtung ein.

Es werden jährlich ca. 634.000 m<sup>2</sup> Grünflächen gepflegt, d.h. gemäht, Unkraut gehackt, gespritzt, geschnitten, gedüngt, gewässert und vom Unrat befreit.  
Zu diesen Flächen gehören u.a. Ausgleichsflächen, Friedhöfe, Außenanlagen von öffentlichen Liegenschaften, Lärmschutz, öffentliche Grünflächen, Schwimmbad, Spielplätze, Sportanlagen, Außenanlagen der Stadtwerke, Straßenbegleitgrün.

Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln muss beim Regierungspräsidium Gießen Abteilung Pflanzenschutzdienst Hessen beantragt werden.

Der Stadt Rosbach liegt für die Flächen der Friedhöfe die Genehmigung gemäß § 12 Abs. 2 Pflanzenschutzgesetz zur Nutzung von Vorox F (bis 31.12.2016) und Finalsan Plus (bis 31.01.2019) vor.

Für die Behandlung der Park- Wegeflächen, Sportanlagen und Schwimmbad liegt die Genehmigung gemäß § 6 Pflanzenschutzgesetz zur Nutzung von Duplosan KV Combi vor. Bis zum 31.03.2017 ist die Nutzung von Glyphos Premium oder ein anderes zugelassenes Mittel mit dem Wirkstoff Glyphosat vom Regierungspräsidium Gießen Abteilung Pflanzenschutzdienst Hessen befristet.

Diese Anwendung findet auf folgenden Flächen Anwendung:

Sportplatz OT Nieder-Rosbach, Leichtathletikflächen u. Laufbahnen  
Hartplatz OT Rodheim  
Sportanlage OT Ober-Rosbach, Laufbahnen und Tribünenbereich  
Sportplatz OT Rodheim, Tribünenbereich  
Parkanlage OT Rodheim, Wege  
Parkplatz OT Rodheim, Bahnhof  
Parkanlage OT Nieder-Rosbach, Wege  
Park&Ride Parkplätze OT Ober-Rosbach

Die EU diskutiert z.Zt. um den Einsatz des Unkrautvernichters Glyphosat in Europa. Die geltende Genehmigung des weit verbreiteten Pestizids läuft Ende des Monats aus. Bei der Abstimmung (06.06.2016) von Vertretern der EU-Länder über eine Verlängerung der Zulassung kam in Brüssel nicht die nötige Mehrheit zustande.

Die Genehmigungen über die Nutzung der o.g. Pflanzenschutzmittel beim Regierungspräsidium Gießen Abteilung Pflanzenschutzdienst Hessen können jederzeit widerrufen werden. Die Leitung des Bauhofes informiert sich daher regelmäßig über die aktuellen politischen Entwicklungen.

Eine weitere „Kleine Anfrage“ liegt von der FDP-Fraktion vor:

Hält der Magistrat eine Erhöhung von Gebühren für die Kindebetreuung bereits nach den diesjährigen Sommerferien für erforderlich? Wenn ja, in welchem Zeitraum wird dies in den erforderlichen Gremien und Arbeitsgruppen beraten und beschlossen?

Antwort:

Die Satzung sieht es vor, in diesem Jahr eine Gebührenerhöhung durchzuführen. Demzufolge ist eine Anpassung erforderlich. Die Umsetzung soll bis zum nächsten Haushalt erfolgen. Sobald der Magistrat den Kindergartenbedarfsplan festgestellt hat, geht dieser sofort den erforderlichen Gremien und Arbeitsgruppen zu. Dies alles noch vor den Sommerferien.

---

<p><b>7 . Wahl für die Verbandsversammlung der Verbände</b> <b>a) Zweckverband "Sozialstation häusliche Pflege Niddatal, Rosbach, Wöllstadt"</b> - Vertreterinnen / Vertreter - Stellvertreterinnen / Stellvertreter</p>
--



**b) Körperschaft des öffentlichen Rechts "ekom21 - KGRZ Hessen"**

- Vertreterin / Vertreter  
- Stellvertreterin / Stellvertreter

**c) Planungsverband "Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main"**

- Vertreterin / Vertreter  
- Stellvertreterin / Stellvertreter

**a) Vertreterinnen / Vertreter Zweckverband „Sozialstation häusliche Pflege Niddatal, Rosbach, Wöllstadt“**

SPD, FWG und STIMME legen folgende gemeinsame Liste vor:

Jürgen Kröger (SPD)  
Barbara Lompa (FWG)  
Dorothee Kurth (STIMME)  
Eleonore Dietz (SPD)  
Beate Karschny (FWG)  
Thomas Sinn (STIMME)  
Siegfried Blanke (SPD)  
Eduard Paduch (FWG)

Die CDU schlägt folgende Vertreter vor:

Toni Müller  
Regina Karehnke  
Annegret Hafner  
Marco See

Die FDP legt folgende Liste vor:

Klaus-Dieter Jeuthe  
Jens Christopher Jacobi

Die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen folgende Vertreter vor:

Betina Quägber-Zehe  
Michaela Colletti  
Serife Kayacik  
Peter Scholz  
Haci Kayacik

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Nachdem der Stimmzettel für die durchzuführende Wahl vorbereitet ist, gibt Frau Regina Karehnke den Inhalt des Stimmzettels bekannt. Zur Stimmabgabe werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Stadtverordnetenvorsteherin in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen.

Nach der Wahl wird das folgende Ergebnis festgestellt.

Liste 1 (SPD, FWG und STIMME)	16 Stimmen	6 Vertreter
Liste 2 (CDU)	7 Stimmen	2 Vertreter
Liste 3 (FDP)	4 Stimmen	1 Vertreter
Liste 4 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3 Stimmen	1 Vertreter

Somit sind gewählt:

Liste 1 Jürgen Kröger, Barbara Lompa, Dorothee Kurth, Eleonore Dietz, Beate Karschny,

Liste 2        Thomas Sinn  
Liste 2        Toni Müller, Regina Karehnke  
Liste 3        Klaus-Dieter Jeuthe  
Liste 4        Betina Quägber-Zehe

Die Stadtverordnetenvorsteherin fragt die Gewählten, ob sie ihre Wahl annehmen. Dies wird von allen bestätigt.

**a) Stellvertreterinnen/Stellvertreter Zweckverband „Sozialstation häusliche Pflege Niddatal, Rosbach, Wöllstadt“**

SPD, FWG und STIMME legen folgende gemeinsame Liste vor:

Eckard Hassebrock  
Harald Willitsch  
Hanskurt Fröhlich  
Christian Lamping  
Thomas Kraft  
Adolf Ullherr

Die CDU schlägt folgende Vertreter vor:

Alexander von Griesheim  
Thomas Wendt  
Anne Dore Kuhlmann  
Katharina Hantel

Die FDP legt folgende Liste vor:

Dr. Volker Hoffmann  
Hans-Otto Jacobi

Die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen folgende Vertreter vor:

Michaela Colletti  
Betina Quägber-Zehe  
Serife Kayacik  
Peter Scholz  
Haci Kayacik

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Nachdem der Stimmzettel für die durchzuführende Wahl vorbereitet ist, gibt die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Regina Karehnke den Inhalt des Stimmzettels bekannt. Zur Stimmabgabe werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aufgerufen.

Nach der Wahl wird das folgende Ergebnis festgestellt.

Liste 1 (SPD, FWG und STIMME)	16 Stimmen	6 Vertreter
Liste 2 (CDU)	7 Stimmen	2 Vertreter
Liste 3 (FDP)	4 Stimmen	1 Vertreter
Liste 4 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3 Stimmen	1 Vertreter

Somit sind gewählt:

Liste 1        Eckard Hassebrock, Harald Willitsch, Hanskurt Fröhlich, Christian Lamping,  
                  Thomas Kraft, Adolf Ullherr  
Liste 2        Alexander von Griesheim, Thomas Wendt

Liste 3            Dr. Volker Hoffmann  
Liste 4            Michaela Colletti

Die Stadtverordnetenvorsteherin fragt die Gewählten, ob sie ihre Wahl annehmen. Dies wird von allen bestätigt.

#### **b) Vertreterin / Vertreter Körperschaft des öffentlichen Rechts "ekom21 - KGRZ Hessen"**

Gemäß Vorlage wird Herr Andreas Kraus als Vertreter für die Verbandsversammlung der ekom 21 vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge ergeben sich nicht

Herr Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um zukünftige Zusendung der Tagesordnung und Berichte/Protokolle der Verbandsversammlung an die Stadtverordneten zur Information. Dies wird zugesagt.

Da niemand widerspricht, erfolgt die Wahl per Handaufheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig ja

Herr Kraus nimmt die Wahl an.

#### **b) Stellvertreterin / Stellvertreter Körperschaft des öffentlichen Rechts "ekom21 - KGRZ Hessen"**

Für die Wahl der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters des Vertreters für die Verbandsversammlung der ekom 21 wird Frau Sigrid Egerer vorgeschlagen.

Auch hier werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Da niemand widerspricht, erfolgt auch hier die Wahl per Handaufheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig ja

Frau Egerer nimmt die Wahl an.

#### **c) Vertreterin / Vertreter Planungsverband "Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main"**

Die Fraktionen SPD, FWG und STIMME schlagen folgenden Vertreter vor:

Thomas Alber

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt folgenden Vertreter vor:

Jörg Egerter

Die Fraktion FDP schlägt folgenden Vertreter vor:

Heinz Sill

Herr Sill teilt mit, dass er nicht zur Wahl stehe.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Herr Hans-Otto Jacobi (FDP) beantragt geheime Wahl.

Nachdem der Stimmzettel für die durchzuführende Wahl vorbereitet ist, gibt die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Regina Karehnke den Inhalt des Stimmzettels bekannt. Zur Stimmabgabe werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aufgerufen.

Nach der Wahl wird das folgende Ergebnis festgestellt.

Thomas Alber	15 Stimmen
Jörg Egerter	14 Stimmen
	1 Enthaltung

Somit ist gewählt:

Thomas Alber

Herr Alber nimmt die Wahl an.

### **c) Stellvertreterin / Stellvertreter Planungsverband "Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main"**

Stellvertretung:

Die Fraktionen SPD, FWG und STIMME schlagen folgenden Stellvertreter vor:

Herbert See

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt folgenden Stellvertreter vor:

Peter Scholz

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Herr Hans-Otto Jacobi (FDP) beantragt geheime Wahl.

Nachdem der Stimmzettel für die durchzuführende Wahl vorbereitet ist, gibt die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Regina Karehnke den Inhalt des Stimmzettels bekannt. Zur Stimmabgabe werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aufgerufen.

Nach der Wahl wird das folgende Ergebnis festgestellt.

Herbert See	16 Stimmen
Peter Scholz	14 Stimmen

Somit ist gewählt:

Herbert See

Herr See nimmt die Wahl an.

Weitere Stellvertretung:

Die Fraktionen SPD, FWG und STIMME schlagen folgenden weiteren Stellvertreter vor:

Walter Soff

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt folgenden weiteren Stellvertreter vor:

Jörg Egerter

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Herr Hans-Otto Jacobi (FDP) beantragt geheime Wahl.

Nachdem der Stimmzettel für die durchzuführende Wahl vorbereitet ist, gibt die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Regina Karehnke den Inhalt des Stimmzettels bekannt. Zur Stimmabgabe werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aufgerufen.

Nach der Wahl wird das folgende Ergebnis festgestellt.

Walter Soff	16 Stimmen
Jörg Egerter	14 Stimmen

Somit ist gewählt:

Walter Soff

Herr Soff nimmt die Wahl an.

---

<b>8 . Aufhebung des Sperrvermerks im genehmigten HH 2016 für den Erwerb eines kommunalen Mobilbaggers</b>
--

Der Haupt- und Finanzausschuss hat – abweichend von der Magistratsvorlage – beschlossen, die abschließende Finanzierung des Mobilbaggers nicht über einen direkten Verkauf des Komatsu-Baggers, sondern über eine überplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 100 HGO herzustellen. Eine Vermarktung des Komatsu-Baggers „unter Marktwert“ soll so ausgeschlossen werden. Die Deckung dieser Mehrausgaben erfolgt über entsprechende Minderausgaben bei der Position „Breitbandverkabelung“. Der Ausbau des Breitbandnetzes in den Stadtteilen erfolgt durch einen „marktgetriebenen Ausbau“ durch die Telekom für die Stadt nahezu kostenfrei.

Dem Magistrat bleibt es hierbei unbenommen, den Komatsu-Bagger zum Marktwert zu verkaufen.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Beschlussvorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss vor:

*„Der im Rahmen der Haushaltsbeschlussfassung 2016 beschlossene Sperrvermerk – Verwendungszweck „Anschaffung eines Mobilbaggers“ - wird aufgehoben.*

*Darüber hinaus werden weitere Haushaltsmittel in Höhe von 45.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt (Gesamtmittelbereitstellung damit 130.000 €).*

*Die Deckung erfolgt über Einsparungen in mindestens gleicher Höhe bei der HHST 11.535.10/161/842853 (Breitbandverkabelung).“*

Herr Jacobi (FDP) moniert, dass die geforderte Voraussetzung für ein Aufheben des Sperrvermerks - ein Vergleich der Kosten bei Erwerb oder Leasing des Baggers sowie bei Fremdvergabe der mit dem Bagger auszuführenden Arbeiten - nicht erfüllt wurde. Die Aufhebung des Sperrvermerks für den Erwerb des Mobilbaggers lehnt die FDP-Fraktion ab

Herr Scholz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist auch der Meinung, dass die zugesagten Berechnungen nicht zugestellt wurden. Ein Verkauf des Komatsu-Baggers wird nicht mitgetragen. Der Vorlage kann nicht zugestimmt werden.

Herr Soff (FWG) teilt mit, dass der technische Zustand des alten Mobil-Baggers sehr schlecht sei und erhebliche Reparaturen notwendig seien. Der eventuelle Verkauf des Komatsu-Baggers sollte nochmals in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden.

Herr Dr. Rathjens (SPD) ist der Meinung, dass eine wirtschaftlich vertretbare Lösung gefunden werden muss.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**

**23 Ja-Stimmen**  
(7 SPD, 4 STIMME, 7 CDU, 5 FWG)  
**7 Nein-Stimmen**  
(1 SALZ, 4 FDP, 2 GRÜNE)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss zu.

---

<b>9 . Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke für das Jahr 2014 einschließlich der Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung</b>
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

*„Der Jahresabschluss 2014 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 23.260.387,90 € sowie einem Jahresverlust in Höhe von 27.088,67 € wird festgestellt.*

*Die Ergebnisse der Betriebszweige werden wie folgt festgestellt:*

*- Abwasserbeseitigung Verlust- 51.916,90 €*

*- Wasserversorgung Gewinn 24.828,23 €*

*Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren in Höhe von 454.430,21 € ergibt sich somit ein Gesamtgewinn zum 31.12.2014 in Höhe von 427.341,54 €.*

*Der Betriebsleitung/Betriebskommission wird Entlastung erteilt.*

*Der Jahresverlust aus der Abwasserbeseitigung in Höhe von 51.916,90 € wird mit dem Gewinnvortrag verrechnet.*

*Der Jahresgewinn aus der Wasserversorgung in Höhe von 24.828,23 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und damit zur Verlustabdeckung herangezogen.*

*Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG vom 13.04.2016 einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Betriebsleitung vom 15.03.2016 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.“*

Herr Scholz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert, dass der Vierteljahresbericht an die Betriebskommission zugestellt werden muss.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig angenommen**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

---

<b>10 . Antrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2015 Leistungsangebote sowie Haushalts- und Finanzdaten der Stadt im Vergleich zu Nachbarkommunen</b>
---

Der Stadtverordnetenversammlung liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2015 wurde am 01.12.2015 von der Stadtverordnetenversammlung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Dieser Antrag wurde zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.02.2016 terminiert; ein Beschluss wurde nicht gefasst. Es bestand Einvernehmen, dass der Magistrat zunächst die angeforderten Daten – so weit wie möglich – zusammentragen lassen solle und dem Ausschuss die Ergebnisse zukommen lässt.

Der Antrag sowie die ermittelten Daten zu den einzelnen Aspekten sind den Anlagen zu entnehmen.

Herr Jacobi (FDP) bedankt sich für die vorgelegten Informationen. Diese bilden einen ersten Einstieg in die künftig noch wachsende Notwendigkeit kritischer Vergleiche als eine Grundlage für Entscheidungsfindungen angesichts enger Haushaltssituation und steigender Belastungen für Bürgerinnen und Bürger.

Wegen unterschiedlicher Gegebenheiten in Kommunen und dem wichtigen Prinzip der Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden sei klar, dass oft zusätzliche Vertiefungen der Betrachtungen erforderlich sind.

In Zusammenhang mit dem Fragenkomplex Kinder- und Jugendbetreuung erinnert Herr Scholz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an den noch ausstehenden Jahresbericht von JJ.

Bürgermeister Alber sagt zu, dass dieser - sobald er vorliege - den Kommunalpolitikern zugestellt werde.

Herr Dr. Rathjens (SPD) merkt an, dass aus diesen gesammelten Daten auch Resultate zu erfolgen haben.

Herr Scholz ist der Meinung, dass diese Daten in den vergangenen Jahren zur Erarbeitung von Beschlüssen gefehlt haben.

---

<b>11 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 04.April 2016 - Änderung des § 8 der Straßenbeitragssatzung</b>
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vor:

*„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Änderung des § 8 der Strassenbeitragssatzung dergestalt, dass zur Ermittlung des Nutzungsfaktors bei nicht gewerblichen Gebäuden grundsätzlich die tatsächlich vorhandene Anzahl der Vollgeschosse herangezogen wird.“*

Der Stadtverordnete Klaus Jacobi (SALZ) teilt mit, dass ihm zahlreiche Beschwerden bezüglich einer ungerechten Bemessung der Straßenbeiträge vorliegen. Der Antrag mit Begründung ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Dr. Rathjens (SPD) teilt mit, dass die Beitragssatzung auf das hessische Beitragsrecht sowie auf die Mustersatzung des HStGB abstellt. Dieses Satzungsrecht sieht nicht die Heranziehung der beitragspflichtigen Flächen nach der tatsächlichen Bebauung vor. Das Satzungsrecht stellt auf die möglichen Inanspruchnahmen nach dem rechtskräftigen Bebauungsplan ab. Die Rosbacher Erschließungssatzung, Wassersatzung sowie Abwassersatzung stellen ebenfalls auf die mögliche Inanspruchnahme nach dem Bebauungsplan ab. Nach 5 Jahren sollte Bilanz gezogen werden.

Herr Scholz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fügt hinzu, dass sich bereits das Bundesverwaltungsgericht und der Hessische Verwaltungsgerichtshof mit der Problematik befasst und festgestellt haben, dass diese Zuordnung des möglichen Sondervorteils in überplanten Gebieten rechtens sei und keine Benachteiligung darstellt.

Herr Dr. Volker Hoffmann beantragt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Die Stadtverordnetenversammlung lässt über die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**

**4 Ja-Stimmen**

(4 FDP)

**25 Nein-Stimme**

(7 SPD, 2 Grüne, 4 STIMME, 7 CDU, 5 FWG)

**1 Enthaltung**

(1 SALZ)

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss ab.

Die Stadtverordnetenversammlung lässt über den Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**

**28 Nein-Stimme**

(7 SPD, 3 FDP, 2 GÜNE, 4 STIMME, 7 CDU, 5 FWG)

**2 Enthaltungen**

(1 FDP, 1 SALZ)

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den dem Antrag ab.

---

<b>12 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 04.April 2016 - Baugebiete Stadtgebiet Rosbach</b>
---

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1.  
*Planungsstopp für das Baugebiet Obergärten II.*

2.



*Keine weitere Ausweisung neuer Baugebiete in den Gemarkungen Ober-Rosbach, Nieder-Rosbach und Rodheim bis zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Rosbacher Haushaltes inklusive Rückführung der Verbindlichkeiten (Schulden) auf einen sozialverträglichen Stand.“*

Der Stadtverordnete Klaus Jacobi (SALZ) appelliert auch im Sinne des Naturschutzes diesem Antrag zuzustimmen. Der Antrag mit Begründung ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Egerter (CDU) teilt mit, dass die CDU keineswegs einen Planungsstopp für Baugebiete angeregt habe. Vielmehr ist die CDU der Meinung, dass nicht alle Baugebiete gleichzeitig zu entwickeln seien sondern nacheinander. Wie jetzt auch geschehen.

Herr Scholz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist der Meinung, dass der Prozess „Stadtentwicklungskonzept“ beschleunigt werden muss, damit das Gebiet Obergärten II und andere Gebiete geplant werden könne.

Herr Dr. Rathjens (SPD) ist der Meinung, dass weitere Baugebiete entwickelt werden müssen, damit die daraus resultierenden Erträge für die Stadt wirksam werden und die Verschuldung verringert wird.

Herr Egerter teilt mit, dass in den zukünftigen Beratungen über die Grundstückspreise dies Beachtung finden sollte.

Herr Jacobi (FDP) steuert gegen ein sich aufdrängendes Gerücht, dass neue Baugebiete der Ruin einer Stadt sei. Dies ist nicht so.

Herr Kurth (STIMME) weist darauf hin, dass Rosbach nicht zu dem ländlichen Raum sondern zum Regionalverband Rhein/Main gehöre. Dieser prognostiziere 385 fehlende Wohnungen in Rosbach bis 2020.

Herr Klaus Jacobi zieht den Antrag zurück, nachdem die Fraktionen keine Zustimmung signalisierten.

---

<b>13 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 18.05.2016 - Verkehrssituation Rosbach</b>
---

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

---

<b>14 . Antrag des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 24.05.2016 - Antrag für ein offenes WLAN in Rosbach</b>
--

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

---

<b>15 . Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2016 - Weitere Entwicklung des Gewerbegebiets</b>
---

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

---

**16 . Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2016  
- Errichtung Waldkindergarten**

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

---

**17 . Anfrage des Stadtverordneten Klaus Jacobi vom 13.05.2016  
- Beleuchtung Fußgängerüberweg SANG**

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

---

**18 . Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.05.2016  
Gebühren für Plakatierungen ortsansässiger Vereine in der Stadt Rosbach v. d. Höhe**

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

---

**19 . Anfrage der FWG-Fraktion vom 04.06.2016  
- Verbesserung der Busanbindung Bad Nauheims für Rodheimer Schüler**

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht. Der Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

---

**20 . Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.06.2016  
- Flüchtlingssituation Rosbach**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Anfrage der SPD-Fraktion vor, die wie folgt beantwortet wird.

1. Wie viele Flüchtlinge sind derzeit insgesamt Rosbach zugewiesen?
2. Wie ist die Zusammensetzung nach Nationalität, Familien mit Kindern sowie nach männlichen und weiblichen Einzelpersonen?
3. Wie viele sind davon jeweils in Rosbach, Hirzenhain und Wöllstadt untergebracht?

Antwort siehe Anlage.

4. In welcher Form erfolgt die Unterbringung?

Antwort:

Die Flüchtlinge sind in Wohnungen, Einfamilienhäusern, Wohnobjekten mit mehreren Wohneinheiten, Gemeinschaftsunterkünften, sowie vorübergehend in Wohncontainern untergebracht.

5. Gibt es freie Kapazitäten zur Flüchtlingsunterbringung und wenn ja, wie hoch sind diese?

Antwort:

Derzeit gibt es in der Gemeinschaftsunterkunft in der Mühlstraße 53 in Hirzenhain (IKZ) noch freie Kapazitäten. Für das Kontingent der Stadt Rosbach stehen dort derzeit 8 Unterbringungsplätze zur Verfügung. Auf Anfrage stehen im Rahmen der IKZ Wöllstadt ebenfalls Plätze zur Verfügung.

6. Wie ist der Planungsstand bezüglich der Umsetzung der im Silica-Gebäude untergebrachten Flüchtlinge?

Antwort:

Ein Großteil der Flüchtlinge ist bereits umgezogen. Bis Ende Juni werden die übrigen Personen in anderen Unterkünften untergebracht.

7. In welcher Form sind die Flüchtlingspaten bzw. der „runde Tisch“ in den gesamten Prozess der Flüchtlingsunterbringung und –betreuung eingebunden?

Antwort:

Derzeit gibt es rund 100 ehrenamtliche Helfer in der Flüchtlingsarbeit, die v.a. in folgenden Bereichen tätig sind: Patenschaften/Flüchtlingsunterstützung, Deutschunterricht, Hausaufgabenhilfe, Kleiderkeller. Für jeden Bereich gibt es einen Sprecher/Koordinator. Die Sprecher bilden mit den hauptamtlich Tätigen den „Runden Tisch“. Sowohl die Mitglieder in den einzelnen Gruppen als auch der „Runde Tisch“ treffen sich in regelmäßigen Abständen, um wesentliche Themen der Flüchtlingsunterbringung und –betreuung zu besprechen.

Aktuelle Fälle/Fragen, die im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung auftreten, werden im Einzelgespräch mit den jeweiligen Paten erörtert.

Zur Umsetzung von Personen, wie z.B. aus dem Silica-Gebäude gibt es gemeinsame Termine mit allen betroffenen Paten. Wenn sich hier nochmals Änderungen zur ursprünglichen Planung ergeben, werden weitere Einzelgespräche geführt.

8. Gibt es Zuschüsse oder andere Formen der Unterstützung seitens der Stadt – bzw. auch anderer Institutionen – an die im Bereich der Flüchtlingsbetreuung ehrenamtlich Tätigen?

Antwort:

Es werden keine Zuschüsse oder Aufwandsentschädigungen an die im Bereich der Flüchtlingsbetreuung ehrenamtlich Tätigen gezahlt.

Folgende andere Formen der Unterstützung wurden/werden gewährt: Supervisionsangebot für Flüchtlingspaten und deren Helfer, Fortbildung für ehrenamtliche Deutschlehrer/innen, Bereitstellung eines Großraum-PKW.

Alle Ehrenamtlichen wurden darüber hinaus über die Möglichkeit der Beantragung einer EhrenamtsCard des Wetteraukreises informiert. Dieses Angebot wurde von einigen Ehrenamtlichen angenommen.

9. Gibt es Anhaltspunkte, wie viele Flüchtlinge Rosbach in den nächsten Quartalen zugewiesen werden? Welche Konsequenzen hat dies für die städtischen Planungen?

Antwort:

Nein. Der Wetteraukreis weist quartalsweise den Städten und Gemeinden Personen zur Unterbringung zu. Zu Beginn eines Quartals wird eine Quotenberechnung erstellt und an die Städte und Gemeinden zur Information gegeben. Über den Zeitraum eines Quartals hinaus erhält man keine Informationen.

10. Wie hoch ist der Personalaufwand zur Flüchtlingsbetreuung – aufgeteilt nach Hauptaufgaben, Anzahl der Personen und der Stunden – seitens der Verwaltung pro Monat?

Antwort:

Aufgabenbereich	Anzahl MA	Stunden aller MA
Unterbringung*	3	145
Ausstattung	2	50
Betreuung**	3	265
Bauhofmehrere		60
	Gesamt	520

\* Wohnungsverwaltung und Neubau von Wohnungen (temporär)

\*\* ab 13.06.2016 zwei Mitarbeiter

Die Mitarbeiter/innen sind jeweils nur anteilig mit der Aufgabenstellung befasst. Lediglich in der Betreuung wird eine Vollzeitstelle vorgehalten.

11. In welchem Umfang und in welcher Form sind die Kosten der Flüchtlingsunterbringung, -versorgung und -betreuung durch Zuweisungen seitens des Bundes, des Landes Hessen und seitens des Wetteraukreises gedeckt?

Antwort:

Anteilige Pauschale gem. Landesaufnahmegesetz durch den Wetteraukreis

2013-2015	je untergebrachtem Flüchtling	7,30 € / Tag
Zuweisung	2013	204,40 €
	2014	44.931,50 €
	2015	176.725,70 €

ab 01.01.2016	je untergebrachtem Flüchtling	8,10 € / Tag
Zuweisung 1. Quartal 2016		104.530,50 €

Vereinbarung mit dem Wetteraukreis

Zuschuss (freiwillig) zur Unterstützung der Integration und Unterbringung

ab 09/2015	je untergebrachtem Flüchtling	30,00 € / Monat
Zuschuss 2015		14.130,00 €

ab 01/2016	je untergebrachtem Flüchtling	45,00 / Monat
------------	-------------------------------	---------------

Landespauschalen an Wetteraukreis:

Ab 01.01.2014	448,12 €
Ab 01.01.2015	652,04 €
Ab 01.01.2016	940,00 €

Gibt es weitere Finanzmittelzuweisungen?

Antwort:

Einmalige freiwillige Leistung des Wetteraukreises aus einer außerordentlichen Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock (Mitteilung Landrat Arnold vom 30.05.2016) in Höhe von 10.914,94 €.

Die Förderung des Landes zur IKZ wurde entgegen der vorherigen Zusage des Landes Hessen abgelehnt.

Welche Kosten und in welcher Höhe muss die Stadt übernehmen?

Antwort:

Die Kosten zur Aufnahme und Unterbringung in Höhe des entstandenen Aufwandes muss die Stadt übernehmen.

12. Wo werden die Finanzmittelzuweisungen sowie die Aufwendungen der Stadt bezüglich Flüchtlingsunterbringung, -versorgung und -betreuung im Haushalt verbucht?

Antwort:

Die Zuweisungen und Aufwendungen werden im Teilhaushalt 05.351.10 „Flüchtlingsunterbringung / sonstige Zuschüsse“ verbucht.

13. Gibt es einen festen Termin für die Fertigstellung von Flüchtlingsunterkünften im Kleinfeldchen und der Stürzelheimer Straße?

Antwort:

Die beiden Neubauten zur Flüchtlingsunterbringung sollen am 01.10.2016 fertiggestellt sein.

---

<b>21 . Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2016 - Status Vermarktung Gewerbegebiet</b>
--

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgenden Anfrage der CDU-Fraktion vor, die wie folgt beantwortet wird.

1. Wie ist der aktuelle Status bei der Vermarktung des Gewerbegebietes?

Von den insgesamt 58.835 m<sup>2</sup> Gewerbegebiet (die an Rewe im Rahmen der Baulandumlegung vermarkteten Flächen sind hier nicht berücksichtigt) wurden inzwischen 36.713 m<sup>2</sup> verkauft. Für weitere 12.227 m<sup>2</sup> wurde der Verkauf vom Magistrat beschlossen. Die Beurkundung dieser Grundstücksverkäufe findet voraussichtlich noch im Juni 2016 statt.

2. Wie viele noch zur Verfügung stehende Flächen in welcher Größe sind vorhanden?

Es verbleibt 9.895 m<sup>2</sup> noch zu vermarktende Fläche.

3. Welche Flächen wurden bisher an wen (Art des Gewerbes) vermarktet?

Die Lage der entsprechenden Flächen ist aus dem in der Anlage befindlichen Plan ersichtlich.

Hierzu die Auflistung der Firmen mit den Quadratmeterangaben und der Art des Gewerbes.

<b>Firma</b>	<b>Branche</b>	<b>Ort</b>	<b>Fläche in m<sup>2</sup></b>
<b><u>Bereits abgeschlossene Verkäufe:</u></b>			
Dr. Schär GmbH	Lebensmittelherstellung für Allergiker	61191 Rosbach v.d.Höhe	5.792
KIA Autohaus Kögler	Autohandel und -werkstatt	61169 Friedberg 61191 Rosbach v.d.Höhe	11.512
Ploner Holzbau GmbH	Zimmerei	61191 Rosbach v.d.Höhe	1.500
me. Torsten Vida GmbH	Heizungs- u. Sanitärbau	61191 Rosbach v.d.Höhe	1.500
Manfred und Roswitha Ludwig GmbH & Co. KG	SB-Auto-Waschanlage	61169 Friedberg 61381 Friedrichsdorf	1.500
Blahak & Schuld GbR	Schreinerei	61191 Rosbach v.d.Höhe	830
Xtra Rollrasen GmbH	Rollrasen, Fertigung von Dekorartikeln	61231 Bad Nauheim	670
Imco Grundbesitzgesellschaft mbH	Messebau	61352 Bad Homburg	2.810
Auto-Center-Taunus	Autowerkstatt	61191 Rosbach v.d.Höhe	1.430
Manuel de la Rosa GmbH	Messebau	61352 Bad Homburg	3.966
A.T.M. Rau Grundstücksgesellschaft GbR	Containerdienst, Tiefbaufirma	61191 Rosbach v.d.Höhe	3.037
Fa. Vedacon GmbH	Immobilienberatung, Projektentwicklung	61191 Rosbach v.d.Höhe	649
Agrarhandel Simon GbR	Handel mit Agrarprodukten	61191 Rosbach v.d.Höhe	1.517
<b>Gesamt</b>			<b>36.713</b>
<b><u>Vom Magistrat beschlossene Verkäufe, Beurkundung Kaufvertrag steht kurz bevor für:</u></b>			
Möbelspedition und Gebäudeservice			3.593
Kaffeerösterei u. Café, Halle			2.700
Tankstelle			5.210
Autolackiererei			724
<b>Gesamt</b>			<b>12.227</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>48.940</b>

Rosbach v. d. Höhe, den 14.07.2016

Regina Karehnke  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Vorsitz

Andreas Kraus  
Schriftführung